

# Laibacher Zeitung.



Nr. 35.

Pränumerationspreis: Im Comptoir gangl. fl. 11, halbj. fl. 5.50. Für die Zustellung ins Haus halbj. 50 kr. Mit der Post gangl. fl. 15, halbj. fl. 7.50.

Mittwoch, 12. Februar

Insertionsgebühren bis 10 Zeilen: 1mal 60 kr., 2mal 80 kr., 3mal 1 fl.; sonst pr. Zeile 1m. 6 kr., 2m. 8 kr., 3m. 10 kr. u. s. w. Insertionsstempel jedesm. 30 kr.

1868.

## Amtlicher Theil.

Der k. k. Finanzminister hat die bei der Landeshauptcasse in Graz erledigte Controlorstelle dem Controlor bei der Landeshauptcasse in Laibach Jakob Leitner und die hiedurch bei der letzteren Casse in Erledigung gekommene Controlorstelle dem Controlor der beständigen Filiallandescasse zu Oedenburg Eduard Krickl verliehen.

Der Justizminister hat zu Landesgerichtsräthen den Kreisgerichtsrath und Staatsanwalt in Leoben Dr. Franz Ritter v. Ferro für Graz, den Kreisgerichtsrath in Cilli Anton Neumeister für Klagenfurt, und den Staatsanwalts-Substituten in Laibach Johann Kaprey für Laibach ernannt.

Die k. k. Finanzdirection für Krain hat die dem Patronate der Religionsfondsdomäne Landstraß unterstehende Pfarre heil. Kreuz bei Landstraß dem Vocalscaplan in Banjaloka Anton Lauter verliehen.

## Nichtamtlicher Theil.

Laibach, 11. Februar.

Die Annahme des Preßgesetzes durch die Pariser Legislative wird, wenn man einem Correspondenten der „Köln. Ztg.“ Glauben schenken darf, von den Parisern wie ein Sieg gefeiert.

Je mehr indessen die Regierung über die Macht, die sie in der Abstimmung über das Preßgesetz bewiesen hat, erfreut ist, um so trüber sind die Ultra-Decembristen, die sogenannten „Arladier“ gestimmt, die ihre Partei für immer zersprengt sehen. Ihre einzige Hoffnung ist noch immer auf eine Emeute basirt, welche zu gelegener Zeit ausbrechen könnte, um die Regierung auf andere Gedanken zu bringen. Siebenzehn Deputirte hatten bei dem Votum über Art. 1 blaue (verneinende) Stimmzettel abgegeben und haben dieselben nachher umgetauscht, als sie ihre Isolirung bemerkten. Das Vereinsgesetz, gegen welches sich zuerst in den Reihen der Majorität eine starke Feindschaft zeigte, wird, wie man nun hofft, gleichfalls mit großer Mehrheit angenommen werden. Am 6. war die betreffende Commission des gesetzgebenden Körpers versammelt, und die Minister erklärten, daß die Regierung auch dieses Gesetz in seinem ganzen Umfange aufrecht zu erhalten gedenke.

Inzwischen wird die Organisation der mobilen Nationalgarde eifrig betrieben, auch die anderen Rüstungen nehmen ihren Fortgang. Die Geschäfte liegen

jedoch, wie man aus Paris meldet, noch fortwährend darnieder. Auch die Zahl der beschäftigungslosen Arbeiter ist im Zunehmen begriffen. Fast alle großen Pariser Fabriken stehen still oder arbeiten doch sehr wenig.

Frankreich, Oesterreich und England sind in Verhandlung getreten in Betreff eines abermals zu unternehmenden Schrittes, um nunmehr gegen die fortgesetzten Rüstungen Serbiens nicht bloß zu reclamiren, sondern förmlich zu protestiren. Der Vorschlag zu solchem erneuerten Einschreiten geht vom englischen Cabinet aus, welches den beiden anderen Mächten gegenüber hervorhebt, daß die Haltung Serbiens ein genügendes Motiv für die Pforte abgeben könne, militärische Vorbereitungen zu treffen, wenn sie zu constatiren vermöge, daß die Garantemächte der Türkei nicht in der Lage wären, auf die Entschlüsse der serbischen Regierung einzuwirken. Andererseits erscheine aber eine türkische Aufstellung an der serbischen Grenze als eine Gefährdung des europäischen Friedens, es sei daher von der höchsten Bedeutung, dieselbe wo möglich überflüssig zu machen.

## 70. Sitzung des Abgeordnetenhauses

vom 10. Februar.

Auf der Ministerbank: Ihre Excellenzen die Herren Minister Fürst Auersperg, Graf Taaffe, Dr. Giskra, Dr. Herbst, Dr. Brestel, v. Plener, Ritter v. Hasner, Graf Potocki, Dr. Berger. (Freiherr v. Beust nimmt seinen Sitz als Abgeordneter im Centrum ein).

Vizepräsident Ritter v. Hopfen eröffnet die Sitzung um 10 Uhr 50 Min.

Das Protokoll der letzten Sitzung wird vorgelesen und genehmigt.

Vizepräsident Ritter v. Hopfen: Hohes Haus! Nachdem der in der Sitzung vom 22. December v. J. gewählte Präsident von Sr. Majestät in das Ministerium berufen wurde, tritt an das h. Haus die Aufgabe heran, eine Neuwahl vorzunehmen. Bei der Wichtigkeit des Gegenstandes erlaube ich mir vorzuschlagen, daß allsogleich in die Wahl eingegangen werde.

Abg. Dr. Groß (Wels) stellt den Antrag, daß die Stimmzettel mit Namensaufruf abgegeben werden. (Angenommen).

Die Wahlzettel werden hierauf abgegeben und das Scrutinium vorgenommen. Vizepräsident Ritter v. Hopfen verkündet folgendes Wahlergebnis: Es wurden 131 Stimmzettel abgegeben. Gewählt erscheint Dr. Moriz v. Kaiserfeld mit 111 Stimmen. (Bravo!)

Präsident Dr. v. Kaiserfeld übernimmt den Vorsitz mit folgender Ansprache:

In unseren Tagen nun sehen wir eine neue civilisatorische Idee immer mehr an Kraft und Bedeutung gewinnen, und selbst die momentane Bedeutung großer Tagesfragen tritt zurück vor der brennendsten Frage der Gegenwart, vor

der Arbeiterfrage.

Es ist nicht zu leugnen, daß der Stand der Arbeiter der größte und zahlreichste unter den Ständen ist; der Arbeiterstand ist zugleich der wichtigste, denn er ist es, der die Naturproducte gewinnt, er ist es, der die Industrie schafft, er ist es, der den Nationalwohlstand bedingt.

Und trotz dieser großen Bedeutung des Arbeiterstandes ist er materiell doch der am schlechtesten gestellte. Der Adel, das Bürgertum wählt seine Vertreter in die Volksversammlungen, der Arbeiterstand hat keinen; während der Arbeitgeber, der Industrielle seinen Wohlstand fördert, kämpft der einzelne Arbeiter mit dem Nöthigsten.

Meine Herren! Es ist nicht meine Absicht, heute die große sociale Frage näher zu erörtern, ich will nicht die Mittel und Wege einer Kritik unterziehen, welche man vorgeschlagen hat, um das materielle Wohl des Arbeiterstandes zu heben, ich will nicht erörtern, ob die Theorien von Schulze-Delitsch oder Vassalle, ob Selbsthilfe oder Staatshilfe das richtige Mittel zum Zwecke seien. Ich beschränke mich darauf, zu constatiren, daß die Arbeiterfrage die große civilisatorische Idee der Neuzeit ist, daß die Arbeiterfrage ihrer Lösung, wenn diese auch noch ferne liegen mag, entgegensteht, daß die Arbeiterfamilie den ihr gebührenden Rang erreichen, der Arbeiterstand seine gesetzliche Vertretung erhalten, daß sich der

„Mit Freuden übernehme ich das ehrenvolle Amt, welches mir Ihr Vertrauen und Ihr Wohlwollen anvertraut haben; ich danke Ihnen für das mir in so ausgezeichnete Weise erwiesene Vertrauen, das in Führung meines Amtes meine festeste Stütze sein wird.“

In diesem in der Geschichte der Entwicklung unseres Verfassungslebens bedeutungsvollsten Momente greife ich aus all den Gedanken und Empfindungen, die auf mich eindringen, den einen Gedanken heraus, der uns wohl alle in diesem Augenblicke allein beherrscht, der geeignet ist, uns die höchste Befriedigung zu gewähren und uns mit fester Zuversicht für die Zukunft zu erfüllen, einen Gedanken, außer dem in diesem Augenblicke für keinen anderen Raum ist.

Als Sie vor wenigen Wochen von dem Rechte Gebrauch machten, Ihr Präsidium selbst zu wählen, und als Sie Ihre Wahl auf das hochverdiente Präsidium aus der früheren Zeit lenkten, da haben Sie gleichsam Besitz ergriffen von jenen Staatsgrundgesetzen, welche zum größten Theile aus Ihrer eigensten Initiative hervorgegangen, und gekrönt durch die Zustimmung und Sanction unseres erhabenen Monarchen ein Rechtsboden sind, der nicht mehr angefochten werden kann, nicht angefochten werden darf.

Seitdem ist uns eine praktisch bedeutungsvollere Bürgerschaft für unser Verfassungsleben geworden, eine Bürgerschaft, die essentieller wohl nicht mehr gedacht werden kann.

Auf den Stühlen vor mir erblicke ich das, was allein den Constitutionalismus zur Wahrheit machen kann; ich erblicke vor mir das parlamentarische Ministerium. (Bravo! Bravo!)

Die Männer, welche das Vertrauen Sr. Majestät in Seinen Rath berief, haben Jahre lang an unserer Spitze für den Sieg jener Ideen gekämpft, welche heute in unserem politischen und staatlichen Leben jene Macht und jene beherrschende Stellung gewonnen haben, welche ihrer inneren Wahrheit und ihrem oft geleugneten, aber doch unleugbaren sittlichen Werthe, welche der Civilisation und dem Geiste unseres Zeitalters entspricht.

Diese Männer haben wir und hat Oesterreich in einem langen parlamentarischen Leben kennen gelernt, und mit Recht könnten dieselben von sich sagen: Unser Programm liegt offen da vor aller Welt.

Sie haben zu oft in Uebung ihrer patriotischen Pflicht die Sonde an die Uebel unseres Staatslebens gelegt, um nicht den reblischen Willen zu haben, dieselben zu heilen. Sie alle waren treue Anhänger der Verfassung und jeglichen politischen Fortschrittes so sehr, daß es unmöglich ist, zu denken, daß sie etwas anderes

materielle Wohlstand des Arbeiters heben wird und heben muß.

Was aber ist die erste Bedingung, um dieses alles zu erreichen?

Diese Bedingung ist die, daß diese Idee ins Bewußtsein des Arbeiters gelange, daß der Arbeiter einsehen lerne, daß er für sich allein nichts ist, daß er nur durch die große Zahl wirken könne. Der Arbeiter muß wissen, daß seine Kraft in dem einmüthigen Zusammenwirken Aller, in der Arbeiter-Association liege.

Der Arbeiter muß ferners wissen, daß der Arbeiterstand erst dann eine politische Zukunft habe, wenn er die nöthige politische Reife erlangt hat.

Meine Herren! Ich will alles das in einem Satze aussprechen; dieser eine Satz heißt:

„Der Arbeiter muß Bildung haben!“

Erst dann, wenn der Arbeiter an Bildung den anderen Ständen ebenbürtig sein wird, erst dann kann sich die Lösung der großen Zeitfrage zu Gunsten des Arbeiterstandes vollziehen.

In richtiger Erkenntniß dieser Zeitidee haben sich auch allenthalben Arbeiter-Associationen, Arbeitervereine, Arbeiterbildungs- und Arbeiter-Fortbildungsvereine gebildet. In Deutschland schon lange. In neuerer Zeit auch in Oesterreich, wo die Sonne besserer Tage die düsteren Schatten einer traurigen Vergangenheit verscheucht.

Und wenn sich die Arbeiter zu solchem Streben nach Bildung und geistiger Entwicklung zusammenthun, wer ist da in erster Linie berufen, mit gutem Beispiele voranzugehen? Die Buchdrucker, meine Herren!

Ich ehre jeden Arbeiter, weil ich die Arbeit ehre; doch mit Befriedigung spreche ich es aus: der Buchdrucker producirt das Edelste.

Die Arbeit des Bauern erzeugt Naturproducte, der

## Feuilleton.

### Die constituirende Versammlung des Fortbildungsvereins für Buchdrucker.

(Schluß.)

Nach der Ansprache des Herrn Dimiz erbat sich der Schriftfeger Herr v. Rhein das Wort und sprach folgende Worte:

„Meine Herren!

Wenn wir das Leben des einzelnen Mannes betrachten oder wenn wir das Leben ganzer Völkerstämme zum Gegenstande unserer Aufmerksamkeit wählen, gleichviel, in dem einen wie in dem anderen Falle sehen wir ein stetiges Fortschreiten. Bei dem einzelnen Manne sagen wir: seine Bildung schreitet vorwärts; bei Völkerstämmen sagen wir: Cultur und Civilisation brechen sich Bahn. — Cultur und Civilisation aber schreiten nicht gleichmäßig nach allen Richtungen vor, sondern das Streben concentrirt sich stets vorzugsweise nach einer Richtung.

So hatten Sie im Mittelalter die Förderung des religiösen Volksgefühls, welches sich bis zu den Kreuzzügen und dem Religionskriege steigerte; diesem Zuge folgte der Kampf des Bürgertums gegen das Ritterthum. Die Macht und Kraft des Ritterthums ging über als Erbschaft an das Bürgertum.

Die großen civilisatorischen Ideen sind es, welche die Menschheit zu immer größerer Entwicklung, zur Erhebung und Beredlung führen, und solche civilisatorische Ideen sind es, welche wir daher auf die Fahne schreiben müssen, welcher wir folgen wollen.

als die Fortentwicklung nach vorwärts zu ihrer Aufgabe und ihrem Berufe, daß sie etwas anderes als die Devise: „Bleibe dir treu bis ans Ende“ zum Ruhme ihres Lebens machen würden. (Bravo! Bravo!)

Die Männer der heutigen Regierung werden ihre Geschäfte führen in dem Geiste der Gerechtigkeit und der Versöhnung, welcher der Geist ist, der unsere Verfassung besetzt, und nimmer sollen sie — das wünsche ich ihnen und das wünsche ich meinem theuren Vaterlande — gezwungen sein, von jenen Mitteln der Macht Gebrauch zu machen, welche ihnen die Verfassung und die Gesetze einräumen; denn wo in dem Willen des Monarchen der Wille und der Geist der Reichsvertretung sich abspiegelt, da kann es keine Partei mehr geben, welche sich an den Fundamenten eines so freien Staatswesens vergriffe.

Die Männer der heutigen Regierung sind Geist von unserem Geiste; der Accord zwischen ihnen und uns wird unsere Verhandlungen beschleunigen und denselben Resultate sichern. Das Vertrauen, das wir ihnen entgegenbringen, und ihre eigene Einigkeit, werden die Quelle ihrer Macht und ihrer Autorität sein. Wir werden sie — denn es sind ja unsere Ideen, die sie ausführen — unterstützen und tragen, denn wir wie sie sind von der Ueberzeugung durchdrungen, daß wir vor den Zeitgenossen und vor der Nachwelt eine verantwortliche Pflicht übernommen haben, die Pflicht, das parlamentarische Regime, in welchem wir nach so vielen Unglückschlägen die einzige Rettung Oesterreichs erblicken, zu befestigen und zu schützen, damit nicht die Feinde desselben triumphiren und ihr Triumph nicht neues Unheil über das Reich bringe. (Lebhafter Beifall links.)

Ich preise mich glücklich, daß ich als Präsident dieses Hauses berufen bin, das erste parlamentarische Ministerium im Namen dieses Hauses und im Namen Oesterreichs zu begrüßen. (Lebhaftes Bravo!) Ich preise mich aber auch glücklich, daß ich, der freigewählte Präsident dieses Hauses, berufen bin, Ausdruck zu geben den heißen Gefühlen des Dankes, wovon Sie und wovon Millionen Herzen in diesem Augenblick überströmen gegen den Monarchen, der in seiner Weisheit und in seiner Liebe ein Werk vollendete, das Sie zwar andeuten und beginnen, dem Sie aber niemals allein die Weihe des Rechtes geben konnten. (Bravo!)

Ich fordere Sie darum auf, meine Herren, sich von ihren Sitzen zu erheben (die Versammlung erhebt sich) und mit mir ein freudiges Hoch! auszurufen, ein Hoch des Dankes und der Treue für unseren allergnädigsten constitutionellen Kaiser.

Das Haus bringt einen dreimaligen begeisterten Hochruf aus.

Se. Excellenz Ministerpräsident Fürst Auersperg:

Hohes Haus der Abgeordneten! Das von Sr. Majestät dem Kaiser für die im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder ernannte Ministerium hat die Ehre, heute seine Functionen in diesem Hause zu beginnen.

Die Thatsache, daß Mitglieder des Reichsrathes in den Rath der Krone berufen wurden, gibt wohl unzweideutige Zeugenschaft für das entschiedene Fortschreiten auf der constitutionellen Bahn und es erscheint geeignet, bei allen aufrichtigen Anhängern verfassungsmäßiger Zustände Befriedigung zu erwecken.

In dieser Befriedigung möge der Keim des Vertrauens liegen, jenes unerläßlichen aber segensbringenden

Bindungsmittels der Regierten mit der Regierung, eines Bandes, welches wir mit der h. Versammlung um so sicherer angetnüpft zu finden hoffen, als ein aufrichtiges Einverständnis mit den legislativen Factoren unbedingt erforderlich ist, damit sich das constitutionelle System dauerhaft und gedeihlich mit dem Staatsleben verwalde, und als die Regierung zu einem erfolgreichen Wirken dieses sicheren Stützpunktes nicht entbehren kann.

Lassen Sie die edlen Regungen des Vertrauens herrschen in diesem Hause, lassen Sie dieselben den unveränderlichen Schutz unserer verfassungsgemäßen Verwaltung sein, und nehmen Sie die Ueberzeugung auf, hochgeehrte Versammlung, daß das Ministerium mit Ihrem Vertrauen geizen wird. (Bravo! Bravo!)

Der Durchführung des Dualismus entsprossen, ist das Ministerium gehalten, das derzeit herrschende Staatsprincip offen und loyal anzuerkennen. Es steht mit der ungarischen Regierung in den freundlichsten Beziehungen (Bravo! Bravo!) und hofft im fördernden, guten Einvernehmen zu verbleiben. Denn wenn der Dualismus auch nicht der Einheit dient, so muß er doch der Einigkeit dienen (Bravo! Bravo!), und in allen Fragen, welche das gemeinsame Wohl des Reiches betreffen, rechnet das Ministerium, bei der vereinten Regierungsgewalt die gleich wohlmeinende wie erleuchtete Unterstützung zu finden. (Bravo!)

Wir werden das Verfassungsrecht als ein unveräußerliches Gemeingut mit aller Kraft schützen (Bravo! Bravo! links), das volksthümliche Palladium der Mitwirkung des Reichsrathes in der Legislation mit strenger Gewissenhaftigkeit hüten, unter gleichzeitiger Wahrung der berechtigten freien Selbstbestimmung in den Königreichen und Ländern. (Bravo! rechts.) Wir werden aber unerbittlich auftreten gegen Alles, was sich der ruhigen verfassungsmäßigen Entwicklung des staatlichen Lebens entgegenstellen (Bravo! Bravo! links) oder dasselbe zu stören versuchen wollte. Die Regierung wird mit gleicher Wärme der Pflege der Freiheitsfragen wie der Hebung geistiger und materieller Kultur huldigen, mit dem richtigen Vorbedachte, daß die Kulturverhältnisse von dem Maße der Freimüthigkeit der Gesetze nur so weit überholt, damit zwar ein Sporn zur Sittenverbesserung, aber kein verachtlicher Abstand bestehe. Als ihren gleich freudigen und lohnenden Beruf erkennt die Regierung, das monarchische Gefühl zu schirmen und zu pflegen, welches die Zierde der treuen Völker Oesterreichs ist und mit ihrem wahren Wohle in untrennbarem Zusammenhange steht. (Bravo!)

Oesterreichs Gedeihen wahrzunehmen, seiner Leistungsfähigkeit Vertrauen zu erhalten und eine Achtung gebietende Zukunft diesem wichtigen Großstaate zu sichern, das ist das unverrückbare Ziel, welchem die besten, edelsten Kräfte und eine verpflichtungstreue Opferwilligkeit gewidmet sein sollen. Die Aufrichtigkeit, der österreichischen Staatsidee zu dienen, das ist jener Patriotismus, welcher zur vollen Geltung gelangen möge, welchen einzufügen die Regierung als ihre erste Pflicht nennt und welcher ihr hier im Hause gewiß treu zur Seite stehen wird. (Bravo!)

Der Weg, den das Ministerium zu wandeln hat, ist kein glatter, er kann nur durch den Beistand aller maßgebenden Factoren geebnet werden. Die Gegenwart hat der geistigen Kämpfe und Reibungen zur Genüge. Träte für die Regierung auch noch die Nothwendigkeit hinzu des mühevollen Kampfes mit der Volksvertretung, dann wäre das Maß des Ringens bald überfüllt gemacht,

und zwar mit einem Kampfe, welcher selten wahren Nutzen schafft, dagegen unzweifelhaft bedenkliche und bedauerliche Erschütterungen der Autoritäten hinterläßt: Darum nicht im Kampfe um die Macht, sondern mit der ungetheilten Kraft der Eintracht mit Ihnen, hochgeehrte Versammlung, wollen wir das theuere Gesamtvaterland seiner Kräftigung, seiner Blüthe, seinem Heile zuführen. (Lebhafter, anhaltender Beifall.)

Die Einkäufe werden vorgelesen. Baron Herbert legt sein Mandat nieder und motivirt dies damit, daß die Art und Weise, wie die Verfassungsfrage gelöst wurde, mit seinen Ansichten nicht übereinstimme. Ueberdies habe seine Gesundheit in der letzten Zeit sehr gelitten.

Se. Excellenz der Minister des Innern Dr. Siskra theilt in einer Zuschrift mit, daß Se. Majestät den Gesetzen betreffend die Aufhebung des Lehensbandes in Salzburg und Steiermark die allerhöchste Sanction erteilt habe.

Se. Excellenz Justizminister Dr. Herbst theilt in einer Zuschrift mit, daß Se. Majestät dem Gesetze, mit welchem das Gesetz über die Behandlung umfangreicher Vorlagen auf die Berathung des Strafgesetzes Anwendung finden soll, die allerhöchste Sanction erteilt habe.

Se. Excellenz Finanzminister Dr. Breitel legt in einer Zuschrift einzelne Theile des Budgets vor und gibt zugleich die Zusage, daß die übrigen Theile partienweise baldmöglichst an das Haus gelangen werden.

Die Abgg. Kuranda und Genossen richten an das Gesamtministerium die Interpellation, wie sich dasselbe zu der von der niederösterreichischen Statthalterei angeordneten Sisirung des Beschlusses des Wiener Gemeinderathes, nach welchem der Artikel 4 des Staatsgrundgesetzes über die allgemeinen Rechte der Staatsbürger schon bei den bevorstehenden Gemeinderathswahlen Anwendung finden soll, zu verhalten gedenke?

Se. Excellenz Ministerpräsident Fürst Auersperg sagt die Beantwortung dieser Interpellation für eine der nächsten Sitzungen zu.

Die eingelaufenen Petitionen werden mitgetheilt und den betreffenden Ausschüssen zugewiesen (darunter 12 Petitionen gegen das Concordat.)

Präsident schließt die Sitzung um 12 Uhr und bestimmt die nächste Sitzung für morgen 10 Uhr.

## Die Pressgesetz-Debatte im Corps Legislativ.

Paris, 5. Februar. Der kreisende Berg hat eine Maus geboren: das große Complot des Clubs der Rue de l'Arcade hatte die Wirkung, daß der gesetzgebende Körper gestern in einer über die ganze Pressvorlage entscheidenden Abstimmung den Artikel 1 derselben mit 215 gegen 7 Stimmen annahm. Die Namen dieser Sieben, welche Herr „Granier aus Cassagnac“ die sieben Weisen Griechenlands nannte, verdienen der Nachwelt aufbewahrt zu werden, sie lauten: Kreuzet, Delamarre (de la Creuse), Fould (Edouard), Geiger (de Baron de), Granier aus Cassagnac, Roualhier, Saint-Paul. Diesen über alles Erwarten vollständigen Sieg der Regierung (wenn es wirklich ein solcher ist) hat eine nicht einmal lange Rede des Staatsministers Rouher entschieden, welche dergestalt durchschlug, daß selbst der von dem Arkadiern ausgesandte Redner Baron Benoist, welcher noch hoch und theuer schwur, daß der Artikel 1 das Verderben des Kaiserreiches sei, eine halbe Stunde später für diesen Artikel stimmte.

Gewerksmann die Bedürfnisse des Alltagslebens, — der Buchdrucker zwingt den Geist in starre Formen, und sein Werk geht hinaus, Segen und Bildung verbreitend, und wie einst die Apostel, so ziehen seine Werke hinaus in alle Welt und verkünden die Lehre vom ewigen Sein.

Die Macht der Presse ist eine riesige, nicht umsonst nennt man sie die sechste Großmacht; das politische, das sociale Leben ist durch Gutenbergs große Erfindung umgewandelt, und wenn es wahr ist, das die schlechte Presse zerlegend wirkt, so verschwindet alles das vor dem göttlichen Einflusse der guten Presse.

Und wir, die Träger dieses unschätzbaren Civilisationsmittels, wir sollen nur die Wörtelträger sein bei dem Baue des Menschenglückes, wir sollen bloß Handlangerdienste verrichten? —

Meine Herren! Vom Buchdrucker, dessen Arbeit Geist und dessen Arbeit Bildungsverbreitung, verlange ich in erster Linie, daß er selbst sich fortbilde und geistig entwickle.

Darum, meine Herren, begrüße ich die Idee eines Fortbildungsvereines der Buchdrucker in Laibach, darum begrüße ich Sie, meine Herren, die Sie heute diese von mir vor kurzer Zeit ausgesprochene Idee zur Verwirklichung brachten, als meine wackeren Kollegen. Und ich kann nicht umhin, meine besondere Freude darüber auszusprechen, daß die Buchdrucker in Krain die ersten Arbeiter in diesem Lande sind, welche sich zur Verwirklichung der Idee eines Arbeitervereines erhoben haben.

Meine Herren! Lassen wir uns die in Deutschland überall bestehenden Vereine als Vorbild dienen. Möge der heute ins Leben tretende Verein außer seinem geistigen Zwecke aber auch das Gefühl der Zusammengehörigkeit in den einzelnen Mitgliedern stählen und so

ein Bild im Kleinen sein von dem schönen und großen Bilde, wenn alle Arbeiter Einen Verein bilden werden.

Ich schliesse mit den schönen Worten, die ein Arbeiter in Wien im Arbeiterfortbildungsverein sprach, er sagte: „Wir wollen nicht als Egoisten, sondern im Dienste einer großen civilisatorischen Idee handeln, und wenn wir auch selbst keinen Nutzen davon haben, so soll es den künftigen Generationen zu Gute kommen.“

Des neuen Vereines will ich noch gedenken mit den einfachen aber gewichtigen Worten: Gott grüße und schütze die Kunst!

Hierauf machte Herr Obmann Klein bekannt, daß das bisherige Comité sein Amt niederlege und eine Neuwahl des Vorstandes von der heute constituirenden Versammlung erwarte. Das Mitglied v. Rhein machte hierauf den Anwesenden den Vorschlag, den bisher bestandenen Ausschuss unverändert durch Acclamation zu wählen, und war die Versammlung damit einverstanden, indem sich Alles von den Plätzen erhob und dadurch die Zustimmung erteilte.

Nach geschlossener Versammlung begaben sich die Mitglieder, denen sich die Herren Oberrealschuldirektor Schrei, Prof. Kozina und Finanzconcipist Dimiz angeschlossen, in das Gasthaus „zum Stern“, wo sich später auch die Herren Grasselli und Noll als Vertreter der nationalen Journalistik einfanden. Es herrschte ein ungezwungen geselliger Ton und ein Toast nach dem andern erklang. Herr Factor Klein brachte ein Hoch dem Herrn Oberrealschuldirektor Schrei für das dem Vereine durch Ueberlassung der Localität zu den Versammlungen und Vorträgen bezeugte Wohlwollen. Herr Factor Küting brachte einen Toast dem Concipisten Herrn Dimiz, als (damals noch allein anwesenden) Vertreter der Presse, wofür dieser deutsch und

slovenisch dankte, zugleich in slovenischer Sprache die Hoffnung aussprechend, der Verein werde auch die Panslavische Sprache gebührend pflegen, und daran ein „Hoch unserem Volke!“ knüpfend, welches mit begeistertem Jubel angenommen wurde. Dem Factor Herrn Küting bot dies Veranlassung, um den Ausschuss zu entschuldigen, daß er es unterließ, für eine slovenische Ansprache bei der Eröffnung Sorge zu tragen: „Es lag uns nichts ferner, als grundsätzlich das Slovenische auszuschließen, im Gegentheil wünschen wir innerhalb unseres Vereines die besondere Pflege dieser Sprache. Allein wir sind das erste mal an die Deffentlichkeit getreten, sind nicht gewohnt, Versammlungen abzuhalten und öffentlich zu sprechen, daher eine gewisse Befangenheit wohl erklärlich ist; wir hoffen also, man wird die vorgekommenen Fehler entschuldigen; dann aber, aufrichtig gesagt, lebte der Ausschuss der festen Erwartung, es würde von den verehrten erschienenen Gästen sicher jemand Veranlassung finden, um in slovenischer Sprache dem Verein ein paar aufmunternde Worte zu widmen. Leider sahen wir dieser Erwartung nicht erfüllt. Für die Zukunft wird der Ausschuss pflichtgemäß dafür sorgen, daß beiden Sprachen ihr Recht werde bei allen Versammlungen.“ Diese Erklärung wurde mit Befriedigung aufgenommen. Ein Toast auf den anwesenden Redacteur des „Triglav“ Herrn Grasselli wurde von diesem in slovenischer Sprache mit den besten Wünschen für das Gedeihen des Vereines beantwortet. Noch müssen wir zweier Begrüßungsgramme erwähnen, welche der Verein vom Herrn Factor Jeltsch in Graz, als früheren Factor der v. Kleinmahr'schen Druckerei, und vom Wiener Fortbildungsverein erhielt.

Die Rede dieses Ultra-Conservativen war nicht minder albern als seine Abstimmung; es verdient aus ihr nur hervorgehoben zu werden, daß, als Herr v. Benoit sich unterfing, zu behaupten, daß die Bilanz der inneren Politik der zweiten Republik sich in zwei Daten: dem 15. Mai und den Junitagen, zusammenfasse, Herr Jules Favre ihm mit den Worten auf den Mund klopfte: „Der Invasion vom 15. Mai muß man jene vom 2ten December gegenüberstellen“, wozu noch Herr Garnier-Pagès erläuternd hinzufügte, daß das am 15. Mai gegen die National-Versammlung begangene Attentat von einem bonapartistischen Agenten, Huber, angeführt wurde.

Staatsminister Rouher unternahm es, zu entwickeln, daß die Abschaffung des administrativen Regimes für die Presse keine Gefahr des Bestandes des Kaiserreiches in sich berge. Die Regierung habe zwar das Decret von 1852, so lange es bestand, für eine heilsame Nothwendigkeit gehalten; als aber der Kaiser sich entschloß, den Brief vom 19. Jänner zu erlassen, sei er nicht in der Richtung der Ohnmacht, sondern in der Richtung seiner Kraft, Größe und Freiheit fortgeschritten. Herr Rouher trägt übrigens kein Bedenken, der Kammer zu gestehen, daß der Act vom 19. Jänner ihm selbst unerwartet kam.

Dann sich den Ereignissen der letzten Tage zuwendend, fährt er fort: „Der Beginn der Discussion hat die öffentliche Meinung aufgeregt. Von der Provinz, von ehrlichen und ergebenern Männern wurden Befürchtungen ausgedrückt. Im Herzen dieser Majorität selbst begann eine Fraktion, in deren Mitte ich treue Freunde zähle und der ich zu meinem eigenen Erstaunen heute kämpfend gegenüberstehe, sich zu beunruhigen, zu fragen, ob das Gesetz unter den gegenwärtigen Umständen auch zeitgemäß sei. Die innere Lage gebot eine noch aufksamere Prüfung desselben. Es herrschte eine Handelskrisis von einer gewissen Ausdehnung und Theuerung der Lebensmittel, was bei uns stets eine schwere bedenkliche Frage ist.“

Diese Frage ist auch im Rathe der Regierung von allen Seiten geprüft und im Zusammenhang mit ihr erörtert worden, ob wir das Gesetz aufrecht erhalten sollen. Was mich betrifft, so gestehe ich es, meine Erregung war groß. Man hat Ihnen das Bild der großen Resultate entworfen, welche die kaiserliche Regierung seit 15 Jahren erzielt hat. Nun denn, in meiner eiferfüchtigen Sorge um die Größe meines Vaterlandes prüfte ich den Entwurf und fragte ich mich, ob er nichts von diesem allgemeinen Gedeihen gefährden könnte; ich wollte keine Solidarität übernehmen, bis ich nicht durch Nachdenken alle Gewissensscrupel beschwichtigt hätte. Was ging aus diesen Erwägungen hervor? Der feste Wille, den Gesetzentwurf vor Ihnen energisch aufrecht zu erhalten. (Lebhafter Beifall.)

Erstlich liegt ein feierliches Versprechen vor, und eine Regierung schadet sich, wenn sie vor der Erfüllung eines Versprechens zurückschreckt, selbst wenn die Umstände dieselbe etwas unzeitgemäß erscheinen lassen. Dann fragen wir uns, ob uns nicht das große Problem gestellt wäre, die öffentliche Sicherheit mit dem Fortschritt der Freiheit zu versöhnen. Da sagten wir uns denn: Möge die Presse frei sein, wir fürchten nicht ihre Gefahren. Wenn die Gefahr einträte, so würden wir die Mittel haben, sie zu bewältigen; wir würden dazu die Kraft, wie den Willen und den Muth haben. (Sehr gut!)

Sie fragen uns, ob die Parteien in eine Bahn der Beschwichigung getreten sind. Ich antworte: ich glaube nicht an die Beschwichigung der Parteien; ich glaube, daß sie ihre Hoffnungen bewahrt haben; aber ich bin von ihrer Ohnmacht überzeugt (lebhafteste Zustimmung), weil ich das tiefste Vertrauen in das Staatsoberhaupt, in seine Regierung, in diese Majorität habe, welche das Land vertritt. (Sehr gut!) In der That, wenn wir unsere innere Lage betrachten, welchen Grund hätten wir da zu Besorgnissen? Bleibt nicht die ganze Provinz der sieberhaftesten Bewegung fremd, welche sich in einigen Punkten von Paris und den anderen großen Städten concentrirt? Ist sie nicht noch immer der Ordnung, dem Souverän und der Regierung treu ergeben?

Glauben Sie, daß diese Hingebung abgenommen hat, weil an einigen Orten die Coalition der einander feindschaftlichen politischen Elemente die Wahl von Oppositions-Candidaten herbeigeführt hat? Nein, meine Herren, dem ist nicht so, und darum sind wir überzeugt, daß wir entschlossen einen Schritt vorwärts thun sollen, und wenn wir uns täuschten, würde uns diese Versammlung nicht immer noch beizeiten Einhalt gebieten? Mehr als jemals muß die Majorität sich mit der Regierung solidarisch zeigen.

Ich wende mich also an Sie und rufe Ihnen zu: Trennen wir uns nicht, stimmen wir zusammen für dieses Gesetz, bleiben wir zusammen auf der hehren Bahn der Freiheit, um uns auch am Tage der Gefahr bei einander zu finden. (Beifall.) Ja, ich habe den langen Retrospekt des Herrn Granier aus Cassagnac gehört, welcher uns alle die Regierungen aufzählte, die den Angriffen der Presse erlegen sind. Nun denn, ich fühle in mir den Muth, diesen Kampf wieder aufzunehmen, diesen Angriffen zu trotzen. (Sehr gut!)

Wir leben nicht mehr in der Zeit, da die Gefahren des Vaterlandes das Kaiserreich schufen. Neue Geschlechter sind erstanden. Von jenen 8 1/2 Millionen Wählern, welche das Kaiserreich gründeten, ruhen heute 4 Millio-

nen in ihrem Grabe; neue 4 Millionen sind seit 1852 in unsere Wahllisten eingeschrieben. Diese haben nicht unsere Erinnerungen und unsere Erfahrung, sie bringen neue Wünsche mit, sie verlangen eine ausgedehntere Freiheit. Treten wir ihnen nicht entgegen; suchen wir nicht sie zurückzuhalten, sondern sie zu leiten. (Neuer Beifall.) Stimmen Sie also für dieses Gesetz, stimmen Sie dafür und haben Sie Vertrauen in uns; wir wissen, daß die öffentliche Sicherheit die erste Bedingung der Freiheit ist, welche wir verlangen; wir werden ihr Achtung zu verschaffen wissen! (Allgemeiner Beifall. Unhaltende Bewegung.)

Nachdem sich die Kammer von der Wirkung dieser Rede und der auf dieselbe folgenden Abstimmung erholt, erledigt sie noch in derselben Sitzung mit sehr getheilte Aufmerksamkeit eine ganze Reihe von Amendements der Opposition, welche entweder auf Abschaffung oder auf Herabsetzung oder auf gleichmäßige Erhebung des Stempels für alle Prezerzeugnisse abzielen und sämmtlich ohne Ausnahme verworfen werden.

## Oesterreich.

Wien, 8. Februar. (Von der ungarischen Delegation.) In der heutigen Sitzung des Budget-Ausschusses stellte das Subcomité für das Finanzbudget seine Anträge. Dieselben gehen dahin, die Posten für die schwebende Schuld, die consolidirte Schuld und die Pensionen in der Gesamthöhe von 3.805,973 fl. aus dem gemeinsamen Budget zu streichen. Ebenso wurde auch beantragt, das Budget der militärischen Centralrechnung und der Rechnungs-Abtheilung für die Marine wegen ihres innigen Zusammenhanges mit dem Kriegsbudget durch das Subcomité für das Kriegsbudget prüfen zu lassen. Der Ausschuß gab diesen Anträgen seine Zustimmung. Man verkennt zwar nicht, daß Ungarn auch zu diesen Posten seinen Beitrag zu leisten hat, auch würde man, wären nur Gründe der Opportunität zu berücksichtigen, die Posten anstandslos votirt haben: da aber die Delegation in erster Linie durch das Gesetz gebunden ist, und dieses deren Competenz auf das Gebiet der pragmatischen Auslagen beschränkt, so glaubte der Ausschuß die erwähnten Budgetansätze zurückweisen zu müssen. Sie zählen nach der in der ungarischen Delegation herrschenden Anschauung zu jenen Forderungen, welche im Sinne des Gesetzes vorgängig durch die beiden Ministerien im Wege des gegenseitigen Einvernehmens festzustellen und sodann dem Reichsrath und dem Reichstag vorzulegen sind.

— 9. Februar. (Der Budget-Ausschuß der reichsräthlichen Delegation) setzte gestern unter dem Vorsitze des Obmannes Dr. Kaiserfeld die Verhandlung über das Budget des gemeinsamen Ministeriums des Außern fort. Von Seite der Regierung waren der Reichskanzler Freiherr v. Beust, dann Freiherr v. Menshengen und Freiherr v. Sageru anwesend. Berichterstatter Baron Eichhoff erörterte die Gründe, welche die Section bestimmten, von der zur Herstellung des Gesundheitshotels Palazzo S. Marco in Rom projectirten Summe von 60.000 fl. für dieses Jahr 20.000 fl. zu bewilligen. Schindler unterstützt diesen Antrag, während Groß (Wels) für die Streichung dieses Postens plaidirt und den Verkauf des Palastes befürwortet. Freiherr v. Menshengen erklärt sich Namens der Regierung gegen den Verkauf des Palais und beruft sich wegen der Dringlichkeit der Sache auf die vorliegenden Botschaftsberichte.

— Wolfrum, Reichbauer und Figuly unterstützen den Antrag Groß, während Pratoberera und Vanhans den Antrag der Section befürworten, welcher schließlich mit der von Vanhans beantragten Resolution angenommen wird, das Ministerium des Außern sei anzugehen, sofort einen detaillirten Kostenvoranschlag anzufertigen und auf Grundlage dessen einen Bauvertrag abzuschließen, damit die verlangte Summe von 60.000 fl., zahlbar in 3 Jahresraten, nicht überschritten werde. Bei den Posten 20—23 entspann sich eine längere Debatte, eingeleitet von Dr. Schindler, welcher den Antrag stellte, das Ministerium wolle noch vor Berathung des Budgets für das auswärtige Amt in der diesseitigen Delegation dem Budgetausschusse jene Actenstücke vorlegen, auf welche sich die Bezüge des Cardinals Conte Silvestri und des Cardinals Grafen Reiffach gründen. Baron Eichhoff, als Berichterstatter, gibt die Aufklärung, daß die Bezüge des Cardinals Grafen Reiffach, welche demselben als Protektor der Instituto santa Maria dell'anima zukommen, sich auf eine a. h. Entschließung vom 6. Juli 1858 gründen. Diese Institution, welche bereits im Anfange des 15. Jahrhunderts zur Unterstützung frommer deutscher Pilger in Rom und später auch deutscher Studenten gegründet wurde, damit letztere gute Kanonisten werden, sei im Jahre 1859 reorganisirt worden, seit welchem Jahre Graf Reiffach jene 300 Scudi anstandslos bis heute beziehe. Wegen diese Post sprach insbesondere Schindler, Groß (Wels) und Wolfrum. Im Verlaufe der Debatte äußerte sich der Reichskanzler für die Bewilligung und wies darauf hin, daß auch anderwärts bei ähnlichen Auslagen nach dem Eintreten constitutioneller Systeme doch stets von Seite der constitutionellen Vertretungen diejenigen Verpflichtungen honorirt wurden, welche früher unter dem absoluten Regime eingegangen worden seien. Beispielsweise habe der sächsische Graf Senft, dem unter dem absolutem Regime

eine Pension zuerkannt worden war, diese selbst dann, nachdem er im Jahre 1813 in österreichische Dienste übergetreten sei, von Seite der sächsischen Kammer anstandslos bis zu seinem Tode bewilligt erhalten. Bei der Abstimmung wird der Antrag der Section bezüglich der Posten 20—23 angenommen, ebenso die Zusatz-Resolution von Schindler. Bei dem Titel 3 „Consularämter“ stellt Scrinzi die Anfrage, ob die Regierung ernstlich gewillt sei, die ostasiatische Expedition wirklich vorzunehmen, da im Präliminare für die Kosten derselben vorgesorgt ist. Der Reichskanzler erwiderte, daß es wohl der Wunsch der Regierung wäre, die Expedition wo möglich noch im Laufe dieses Jahres abgehen zu lassen. Allein die hier obwaltenden Schwierigkeiten wären etwas dualistischer Natur, indem man gegenwärtig noch nicht darüber im Reinen sei, ob diese Angelegenheit den Delegationen oder durch die betreffenden Ministerien den beiderseitigen Vertretungskörpern vorzulegen wäre.

— (Der „Nord“ über das Rothbuch.) Die „Br. Abdpst.“ schreibt: Der heute vorliegende „Nord“ bringt eine kurze Ausführung über das österreichische Rothbuch, die in einer leicht begreiflichen und die publicistischen Fachgenossen wohl nicht ganz unvorbereitet treffenden Anwendung von übler Laune geschrieben ist. Darüber wollen wir mit dem genannten Blatte nicht rechten. Die Methode aber, mit welcher sich der „Nord“ den Text des Rothbuches nach seinen Bedürfnissen zu rechtlegt, verdient immerhin einige Beachtung. So citirt er an einer Stelle Folgendes: Was die durch den neuen Bund geschaffenen Beziehungen anbelangt, so ist die Sachlage zu unbestimmt und zu einseitig im Interesse des einen vertragsschließenden Theiles geordnet als daß ihr Oesterreich seine freie Bewegung opfern könnte, welche es für die mit dem Untergange des deutschen Bundes ebenfalls untergegangenen Rechte und Pflichten eingetauscht hat“, — und folgert hieraus, daß Preußen im Namen des Norddeutschen Bundes Oesterreich einen Allianzvertrag angeboten habe, den letzteres mit Rücksicht auf die noch nicht genügend besetzte Institution des Norddeutschen Bundes abgelehnt habe. In Wirklichkeit lautet die betreffende Stelle des Rothbuches (§ 2, letztes Alinea): „Es erfolgten in Bezug auf ein neues Bundesverhältniß Aenderungen, die indessen zu unbestimmt lauteten und zu einseitig das Interesse des einen Theiles wahrten, als daß Oesterreich ihnen jene Freiheit der Bewegung hätte opfern können, die es für die Rechte und Pflichten der mit dem Untergange des deutschen Reiches abgeschlossenen Epoche eingetauscht hat u. s. f.“ Jedermann sieht auf den ersten Blick, daß das Subject des Satzes „Aenderungen“ ist, daß diese Aenderungen über ein neues zwischen Deutschland und Oesterreich zu schaffendes Bundesverhältniß und nicht die Institution des Norddeutschen Bundes der kaiserlichen Regierung zu unbestimmt und einseitig erschienen um daran weitere active Schritte zu knüpfen.

## Tagesneuigkeiten.

— (F. M. L. Baron Roubella) wurde vom Militärgerichtshof wegen Verbrechens des Betruges und betrügerischen Schuldenmachens im Wege der Gnade zu einer vierjährigen leichten Kerkerstrafe verurtheilt. Der Verurtheilte wurde natürlich auch seines Adels und Ranges für verlustig erklärt. Dem Gerichtshof präsidirte F. M. v. Bamberg, als Beisitzer fungirten zwei Generalmajore und zwei Oberste. Die Anklage wurde vom Hauptmann-Auditor Bruchmüller erhoben. Eine ganze Reihe betrügerischer Facta sind in dem Urtheile aufgenommen, dessen Begründung mehrere Bogen umfaßt.

— (Zur Eidesleistung.) In Innsbruck ist, wie man in Beamtenkreisen vernimmt, eine Eidesverweigerung vorgekommen. Ein Statthalterrath, der aus voller Ueberzeugung der ultramontanen Partei angehörit und glaubt, daß der Staat rettungslos verloren sei, wenn die liberale Partei das Ruder in der Hand behält, hat die Unterfertigung des Reverses verweigert und sein Gesuch um Pensionirung eingereicht. — Der Ministerialbromte, der in Wien die Unterfertigung der Eidesleistung verweigerte, hat nach Ablauf der ihm gewährten achtägigen Frist sich zur Eidesleistung bereit erklärt.

— (Der Medizinerball in Pest) machte dieser Tage in allen Zeitungen viel von sich reden. Der „Br.“ wird nun aus Pest folgender Sachverhalt als authentisch mitgetheilt: Der Minister des Innern, Baron Wendheim, ließ ein Mitglied des Ballcomités zu sich bescheiden, und richtete an dasselbe die Frage, ob es wahr sei, daß selbst an die höheren Officiere keine Einladungen zu dem Balle eingegangen seien? Der Befragte war undiplo-matisch genug, die Frage ohne weitere Umschweife bejahend zu beantworten, worauf ihm deutlich genug zu erkennen gegeben wurde, daß Se. Majestät selbst den Besuch des Balles ausgegeben habe. Dem verblüfften Ballcomité sollte indeß die eigentliche, tiefer liegende Ursache der unangenehmen Enttäuschung nicht vorenthalten bleiben: sie bestand darin, daß das Comité — was man bei der Beliebtheit, deren sich die dadurch betroffene Persönlichkeit hier erkaufte, allerdings eine gelinde Tactlosigkeit nennen kann — es verabsäumt hatte, den Stadt- und Festungscommandanten Besens, General Rosenzweig einzuladen, und daß dieser selbst bei Sr. Majestät über diese Rücksichtslosigkeit Beschwerde führte. General Rosenzweig ist, wie bereits bemerkt, hier

sehr populär, und das mit Recht. Als im Jahre 1865 der Kaiser nach langer Pause zum ersten Male Best wieder besuchen sollte, da wimmelte es in den Polizeiberichten, welche vorher nach Wien abgefordert wurden, förmlich von Attentats-Besorgnissen und dergleichen. General Rosenzweig, welcher damals als Gendarmerie-Oberst das hiesige Gendarmerie-Regiment commandirte, war der Einzige, welcher an Se. Majestät berichtete, daß nicht die geringste Gefahr zu besorgen sei, und daß er (Rosenzweig), ohne die mindesten Vorsichtsmaßregeln zu treffen, sich mit seinem Kopf und seiner Ehre für das Leben des Monarchen verbürge; er behielt Recht, und Se. Majestät, welche damals enthusiastisch begrüßt worden war, bewegte sich überall unter den dichtesten Volksmassen, ohne daß auch nur die geringste Vorsichtsmaßregel sich als notwendig erwiesen hätte. Rosenzweig wurde damals zum General ernannt, während die überbesorgten Berichterstatter eine tüchtige — Nase erhielten. Seit damals ist General Rosenzweig (nebenbei bemerkt ein äußerst jovialer und liebenswürdiger Mann) nicht nur bei der hiesigen Bevölkerung, sondern auch bei Sr. Majestät außerordentlich beliebt, und es hat daher einen sehr guten Eindruck hervorgebracht, als man erfuhr, warum der Kaiser nicht gekommen.

Locales.

(Ballstatistik.) Zu der gestrigen Notiz über den Handball tragen wir nach, daß derselbe einen Bruttoertrag von 800 fl. abgeworfen hat, daß die Zahl der Besucher sich auf 450, jene der tanzenden Paare auf 90, die höchste bisher erreichte Zahl, belief.

(Bahn St. Peter-Fiume.) In Folge Auftrags des Handelsministers v. Plener wird dieser Tage die technisch-militärische Revision der Trasse für die Bahn von St. Peter nach Fiume vorgenommen werden. Der General-Inspection-Commissär Johann Werner, welcher mit dieser Aufgabe betraut wurde, ist am 5. d. M. an Ort und Stelle abgereist. Sobald gegen die Verbeibaltung der ausgemittelten Trasse kein Anstand obwaltet, soll die politische Begebung der Bahnlinie folgen, so daß mit dem Eintritte der besseren Jahreszeit die Bauarbeiten in Angriff genommen werden können.

Casino-Anzeige.

Den verehrten Casinovereinsmitgliedern wird hiermit zur Kenntniß gebracht, daß das Ballcomité des Laibacher Turnvereins die Casinovereinsmitglieder und deren Familien zu dem am 15. Februar d. J. Abends in den Casinovereins-Localitäten stattfindenden Turnerballe mit der Bemerkung höflich eingeladen hat, daß die Eintrittskarten in der Modehandlung des Herrn C. Leskovicz unentgeltlich in Empfang genommen werden wollen.

Laibach, am 10. Februar 1868.

Casinovereins-Direction.

Die verehrten Mitglieder der philharm. Gesellschaft

wollen zur Kenntniß nehmen, daß sie und ihre Familien laut einer an die gefertigte Direction gelangten Zuschrift des Laibacher Turnvereins-Ballcomité's zu dem am nächsten Samstag, den 15. Februar, in den Casinolocalitäten stattfindenden Turnerballe freundlichst eingeladen sind. Eintrittskarten können in der Modehandlung des Herrn Carl Leskovicz in Empfang genommen werden.

Laibach, am 10. Februar 1868.

Von der Direction der philharmonischen Gesellschaft.

Neueste Post.

(Original-Telegramm der „Laibacher Zeitung.“)

Wien, 11. Februar Nachts. Im Abgeordnetenhaus motivirte Giskra in längerer Rede die Einführung des erweiterten Wahlrechtes der Gemeinde durch die Landesgesetzgebung. Die Wahl des Strafproceßausschusses vorgenommen. Lesung der Concursordnung.

Börsenbericht. Wien, 10. Februar Die günstige Stimmung der Börse war besonders für Industrie- und Eisenbahnactien vorherrschend, von welchen einige Gattungen erhebliche Steigerungen erlitten. Staatsfonds aber blieben eher vernachlässigt. Devisen und Valuten schlossen bei starkem Ausgebot um 1 pCt. billiger zu haben. Geld flüssig.

Table with columns: A. des Staates (für 100 fl.), Geld, Waare, and various interest rates and exchange rates for different regions and currencies.

Wien, 11. Februar. Die Interpellation des Abgeordneten Kuranda dürfte sofort beantwortet werden, sobald der vom Gemeinderathe angemeldete Recurs gegen das Vorgehen der Statthalterei bei dem Ministerium eingebracht wird. Die Regierung ist der Ansicht, daß nach dem Wortlaute der bestehenden Gesetze die Entscheidung der Statthalterei aufrecht zu halten sei, weil nur mit Zustimmung des Landtages eine Aenderung der Gemeindeordnungen vorgenommen werden darf. Würde der Landtag von Niederösterreich die Erweiterung des Wahlrechtes nicht genehmigen, so müßten die auf Grund derselben vorgenommenen Gemeinderaths- und Bezirksauswahlschuwahlen, sowie alle darauf folgenden Beschlüsse des Gemeinderaths annullirt werden.

Wien, 11. Februar. Wie das „N. Frdblt.“ vernimmt, hat Se. Majestät die Beschlüsse der Landtage von Niederösterreich, Steiermark und Kärnten wegen Aufhebung des Bestiftungszwanges nicht genehmigt, und zwar aus dem Grunde, weil in denselben auch die Aufhebung der bürgerlichen Erbfolge ausgesprochen ist, was als eine Sache des gemeinen Rechts in die Competenz des Reichsrathes gehört und worüber demselben demnächst eine Vorlage zugehen dürfte.

Das „W. Tgbl.“ erfährt, daß die Regierung Alles aufbietet, den Gesetzentwurf betreffs Einsetzung der Schwurgerichte für Preßsachen bei der verfassungsmäßigen Behandlung so zu beschleunigen, daß die Schwurgerichte in längstens sechs Wochen ins Leben treten können.

Aus Ragusa, G., schreibt man der „Tr. Ztg.“: Man spricht hier von einem Kampfe zwischen Türken und Montenegrinern bei Grahovo. Nähere Details fehlen. Nach Erkundigung bei Personen, die solche Nachrichten gleich und genau wissen müßten, dürfte sich die ganze Sache auf eine etwa vorgekommene Rauferei zwischen Bajshi Bozuzs (irreguläre Truppe) an der Grenze reduciren, da bei Grahovo keine Truppen sich befinden und ein Abmarsch dieser von Trebigne gewiß auch in Ragusa bekant sein müßte, was bisher nicht der Fall ist; denn hier selbst befinden sich ein paar Officiere und einige Mann von der in Trebigne stationirten Truppe.

Florenz, 11. Februar. Bei der Verhandlung des Marine-Budgets in der Kammer erklärte anlässlich der von Seite eines Abgeordneten erfolgten Betonung der Nothwendigkeit, größere Seestreitkräfte zu entfalten, namentlich in den Vaplastaaten, um die Nationalen zu beschützen, Menabrea: daselbst treffen baldigst 7 wohl- ausgerüstete Kriegsschiffe ein, die hinreichen, Italien Achtung zu verschaffen. Hierauf wurden die 23 Artikel des Marinebudgets genehmigt.

Telegraphische Wechselcourse.

vom 11. Februar.

5perc. Metalliques 57.10 — 5perc. Metalliques mit Mai- und November-Finsen 58.30. — 5perc. National Anlehen 66.20. — Bankactien 710. — Creditactien 187.10. — 1860er Staatsanlehen 82. — Silber 114.75. — London 117.20. — S. I. Ducaten 5.57.

Handel und Volkswirtschaftliches.

Oesterreichischer Handelstag. Dem „Pester N.“ geht folgende officiële Mittheilung zu: Die Meldung, daß Herr von Plener's Note in Betreff des allgemeinen österr. Handelstages vom Minister Gorove dahin beantwortet worden sei, daß man sich in ungarischen Handelskreisen von einem allgemeinen österreichischen Handelstage nicht viel verspreche und er (der Minister) die Förderung des Zusammentritts einer solchen Körperschaft ablehne, kann unmöglich eine wahrheitsgetreue Mittheilung der an Minister Plener erfolgten Antwort sein. Der ungarische Handelsminister hat in dieser Angelegenheit im Principe keineswegs gegen die Idee des Handelstages gestimmt. Hat Minister Plener eine ablehnende Antwort erhalten, so dürfte sich die Antwort eben nur auf den Inhalt seiner Note beziehen. Wenn z. B. der ungarische Handelsminister ein Ablehnen des gestellten Anstimmens damit motivirt hätte, daß die Handelskammern dormalen keine gesetzlich anerkannten Organe des Handelsstandes sind, und seit ihrem langjährigen Bestande die Zahl ihrer Mitglieder bedeutend zusammengeschmolzen sei, somit von der ungarischen Handelswelt die aus der Mitte solcher Kammern hervorgegangenen Delegirten keineswegs als deren competente Vertreter zu betrachten wären; und wenn er andererseits etwa die Forderung gestellt hätte, man möge ihm doch die Organisation des zu freirendenden Handelstages

näher definiren, bevor Abgeordnete der ungarischen Handelswelt mit der Genehmigung des Ministeriums sich daran betheiligen, d. h. wenn das Ablehnen des durch Minister Plener gestellten Ersuchens kein absolutes Ablehnen des Handelstages, sondern bloß eine Verschiebung der Ausführung desselben bis zu einem Zeitpunkte sein sollte, wo einerseits der fertige Gesetzentwurf über die Organisation der ungarischen Handelskammern durch die Legislative ankommen, andererseits die Ausklärung des über den Charakter des Handelstages aufgetauchten Bedenkens erlangt sein wird, so wird hieran Niemand Anstoß nehmen können, dem neben den momentanen, rein commerciellen Interessen die nöthige Würdigung der handelspolitischen Aufgabe der Regierung nicht fremd ist. Auch muß seitens des ungarischen Ministeriums dem Zusammenritte des Handelstages noch die Austragung einer anderen, ebenso hochwichtigen Frage vorangehen, nämlich der Frage über die Art und Weise der Zusammenstellung und Organisation der im Zoll- und Handelsbündnisse vorgesehenen Konferenzen, welche doch wohl auch eine adäquate Vertretung der ungarischen Handelsinteressen bezwecken.

Mudolfswerth, 10. Februar. Die Durchschnitts-Preise stellten sich auf dem heutigen Markte, wie folgt:

Table with columns: fl., fr., and various commodity prices like Weizen per Metzen, Korn, Gerste, Hafer, etc.

Angekommene Fremde.

Am 10. Februar.

Stadt Wien. Die Herren: Koučel, Ing.-Ass., und Awis, Kaufm., von Wien. — Eder v. Hruschocz, Stuhlflechter und Gutsbes., von Karstadt. — Speles, Kaufm., von Pest. — Sajorec, Kaufm., von Krainburg. — Schwarz, Director, von Kanter. — Koller, Besitzer, von Neumarckt. Clephant. Die Herren: Stern, Kaufm., von Agram. — Kranberger, Kaufm., von Papa. — Schmal, Kaufm., von Pieve. — Hudabinnigg, Asscuranzinspector, von Graz. — Dralka, Privatier, von Gilly. Kaiser von Oesterreich. Herr Saller und Frau Saller, aus Baiern. Mohren. Herr Friedmann, Herrschaftsbeamter, von Cubar.

Theater.

Heute Mittwoch:

Deborah.

Drama in 4 Acten von Mosenthal.

Meteorologische Beobachtungen in Laibach

Table with columns: Zeit der Beobachtung, Barometerstand in Pariser Linien auf 0° Reducirt, Lufttemperatur nach Reaumur, Wind, Anhalt des Himmels, Niederschlag in Linien, and other meteorological data.

Intensives Morgenroth. Tagüber Bewölkung und Sonnenschein wechselnd, in N. heiter. Große Klarheit der Luft. Das Tagesmittel der Wärme um 2.5° unter dem Normale.

Verantwortlicher Redacteur: Ignaz v. Kleinmossner

Dankagung.

Für die gütige Theilnahme während der langen Krankheit und für die ehrenvollen Betheiligung am Leichenbegängnisse meines seligen Gatten

Alois Wolf

sage ich allen Verwandten und Bekannten meinen tiefgefühlten Dank.

(385)

Therese Wolf.

Large table with columns: A. des Staates (für 100 fl.), Geld, Waare, and various interest rates and exchange rates for different regions and currencies.